

# **Die doppelte Solidarität mit Israel und Palästina. Hoffnung oder Illusion?**

Vortrag in der Evangelischen Akademie Recklinghausen, 5. Februar 2026

*Bischof i.R. Dr. Dr. h.c. Markus Dröge*

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

## I.

Der Begriff „doppelte Solidarität“ entstammt dem sogenannten Policy-Paper der Evangelischen Mittelost-Kommission (EMOK): *„Israel – Palästina. Eine Positionsbestimmung der Evangelischen Mittelost-Kommission“*. Das Papier ist erstmalig 2009 erschienen. 2017 ist es mit einem unveränderten Text, aber mit neuem Vorwort versehen, nochmals erschienen.

In diesem Papier findet sich parallel dargestellt jeweils die Verbundenheit der evangelischen Christinnen und Christen in Deutschland mit Israel und Palästina, die Herausforderungen und das Leiden beider Seiten und die Solidarität, die wir mit beiden Seiten versuchen zu leben. In dem Vorwort der Ausgabe von 2009 von Landesbischof Johannes Friedrich, damals Vorsitzender der EMOK, heißt es: „Es ist ein kleines Wunder, dass dieses Papier zustande gekommen ist. Denn es ist ein gemeinsam erarbeitetes Policypapier, dem im Grundsatz alle Mitglieder der EMOK zugestimmt haben.“ Im Vorwort der Ausgabe von 2017 habe ich, als Nachfolger im Vorsitz der EMOK, formuliert: „Ausdrücklich hält die EMOK an den Grundaussagen ihrer Positionsbestimmung aus dem Jahr 2009 fest und bekräftigt das Ziel einer friedlichen Existenz beider Völker auf der Grundlage eines gerechten Friedens. Die Ausgestaltung einer Friedenslösung ist zwischen beiden Seiten auf dem Weg von Verhandlungen zu konkretisieren. Die EMOK bekräftigt aktuell die international anerkannte Perspektive einer Zwei-staatenlösung, wenngleich ihre Mitglieder nicht die Augen davor verschließen, dass die Gründung eines palästinensischen Staates nach fünfzig Jahren Besatz-

ung, fortgesetztem Siedlungsbau und Konfiskation von Land immer weniger realistisch erscheint.“

Und heute? Heute sind wieder acht Jahre vergangen. Und wir leben zwei Jahre und vier Monate nach dem 7. Oktober 2023:

Am 7. Oktober 2023 hat die Terrororganisation Hamas bei ihrem sadistischen Massaker in Israel circa 1.200 Menschen grausam ermordet und 251 als Geiseln verschleppt. Zahlreiche Orte im Süden Israels wurden angegriffen. Besucherinnen und Besucher eines Musikfestivals wurden gejagt, gequält, erschossen, 364 an der Zahl. Das Perfide war: Die Mordtaten hatten keinerlei strategische Bedeutung. Es ging allein darum, der Welt zu zeigen, mit welcher grenzenlosen Brutalität die Hamas bereit ist, ihr in ihrer Charta festgeschriebenes Ziel zu verfolgen, Israel zu vernichten. Die Taten wurden gefilmt und im Netz verbreitet. Gut zwei Wochen nach dem Massaker ließ die Hamas durch einen Sprecher verkünden, dass dieses Verbrechen erst das erste sei. Der 7. Oktober werde so lange wiederholt, bis Israel vernichtet sei.

Im Anschluss wurde die Militärpolitik Israels massiv auf die Vernichtung der Hamas ausgerichtet, ohne Rücksicht auf menschliches Leid im Gaza-Streifen. Israel reagierte ab dem 8. Oktober 2023 mit der Operation „Eiserne Schwerter“, mit dem Ziel, die am 7. Oktober in den Gazastreifen verschleppten Geiseln zu befreien und die militärischen Fähigkeiten der Hamas dauerhaft auszuschalten. Bei den israelischen Militäroperationen im Gazastreifen wurden laut Angaben des Gesundheitsministeriums in Gaza und der Vereinten Nationen bisher über 71.000 Bewohner getötet und zehntausende weitere schwer verletzt. Bis Mitte Dezember 2023 mussten rund 1,9 der etwa 2,2 Millionen Einwohner Gazas ihre Häuser und Wohnungen wegen der Kämpfe verlassen und in von der israelischen Armee ausgewiesene Evakuierungsgebiete fliehen.

Seit 2009 bis 2017 hat sich also die Situation in einem Maße radikalisiert, dass die Frage berechtigt erscheint:

*Eine doppelte Solidarität mit Israel und Palästina aufrecht zu erhalten, um einen Weg zum Frieden offen zu halten, ist das eigentlich immer noch eine Hoffnung oder inzwischen nur noch eine) Illusion?*

Ist es nicht realistischer, eine *Zwar-Aber-Position* einzunehmen und uns für eine der im Krieg befindlichen Positionen zu entscheiden? Also zum Beispiel:

Es ist zwar richtig, dass die Hamas ein grausames Attentat vollbracht hat, aber jetzt begeht doch Israel Völkermord, und wir müssen uns eindeutig mit den Palästinenserinnen und Palästinensern solidarisieren?

Oder: Es ist zwar richtig, dass wir als Deutsche eine erschütternde Schuldgeschichte gegenüber Jüdinnen und Juden haben und deshalb zurückhaltend mit Kritik an Israel sein müssen, aber ist diese alte Schuld nicht inzwischen Geschichte, und wir müssen uns heute neu positionieren?

Oder: Es ist zwar richtig, dass die aktuelle Politik Israels höchst problematisch ist, aber müssen wir uns nicht angesichts des seit dem 7. Oktober 2023 epidemieartig sich ausbreitenden Antisemitismus klar auf die Seite Israels und aller Jüdinnen und Juden stellen und die Schuldigen beim Namen nennen: die Hamas? Und ist es nicht legitim, wenn der Staat Israel hart durchgreift, um sein Volk vor diesen Terroristen zu schützen?

Wer in einer solchen Situation immer noch von „doppelter Solidarität“ spricht, erscheint für viele entweder als unglaubwürdig oder als naiv. Unglaubwürdig, weil er nicht Partei ergreift, oder naiv: Weil er noch an etwas glaubt, was sich inzwischen doch als illusionär erwiesen hat: Friede im Nahen Osten.

Ich glaube, dass es weder illusionär noch naiv ist, weiter auf Frieden zu hoffen. Auch wenn der Frieden zurzeit nicht in Sicht ist, müssen wir weiter alles dafür tun, dass Ansätze für Versöhnung nicht vollständig zerstört werden.

## II.

Während meiner Zeit im Bischofsamt in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO) habe ich hautnah spüren können, dass die „doppelte Solidarität“ eine für die EKBO angemessene Position ist. Ich habe aber auch gespürt, wie schwierig es ist, diese Position „zwischen den Stühlen“ glaubwürdig zu leben. Denn:

- Die EKBO ist Trägerin der Schule Thalita Kumi in Beit Jala bei Bethlehem, von Kaiserswerther Diakonissen im 19. Jhd. gegründet, als Internat für palästinensische Mädchen. Wir haben als EKBO eine Partnerschaft mit der Evangelisch-lutherischen Kirche in Jordanien und im Heiligen Land. Die erste Pfarrerin dieser Kirche hat vor ihrem Dienstbeginn als Pfarrerin in Palästina in Berlin-Frohnau das Vikariat absolbiert.
- Gleichzeitig hat die EKBO eine traditionell sehr engagierte christlich-jüdische Arbeit. Zu nennen ist die engagierte christlich-jüdische Theologie, für die Namen stehen wie Peter von Osten-Sacken oder Friedrich-Wilhelm Marquardt. Zu nennen ist auch die intensive Arbeit der Christlich-jüdischen Gesellschaft oder von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste.

Auch für die EMOK gilt, dass die Bemühungen, eine doppelte Solidarität zu leben, zu ihrem Wesen gehört. Denn in der EKD, in den Landeskirchen und Missionswerken, gibt es eine lange Tradition und eine lebendige Gegenwart des Engagements für die Menschen im Nahen Osten, sowohl im Bereich der palästinensischen Kirchen, als auch in der Partnerschaft mit israelischen Bildungseinrichtungen, Organisationen und Projekten.

Wie sollten uns nicht die Schicksale aller unserer Partnerinnen und Partner bewegen? Und wie sollten wir dabei nicht eine doppelte Solidarität als dringliches Anliegen vor Augen haben?

Im Moment erleben wir in Berlin im öffentlichen Raum allerdings das Gegenteil einer doppelten Solidarität. Wir erleben, dass die Fronten sich verhärten, dass die Aggressivität zunimmt: Pro-palästinensische Gruppen halten sich mit ihrem Israelhass nicht mehr zurück. Anfeindungen von Jüdinnen und Juden gehören zum öffentlichen Leben, auch an den Universitäten. Die Parole „from the river to the Sea“ als geographische Aussage für einen palästinensischen Staat enthält das Ziel der Vertreibung aller Jüdinnen und Juden.

Das Schreckliche ist inzwischen wieder Normalität: In der jüdischen Gemeinschaft in Berlin zieht man sich zurück, zeigt nicht mehr öffentlich, dass man Jude ist. Jüdische Geschwister erzählen mir, dass der Ausdruck „auf gepackten Koffern sitzen“ für manche Jüdinnen und Juden inzwischen nicht mehr nur bildlich zu verstehen ist. Für mich erschreckend ist, dass mich der Gemeindebrief einer jüdischen Synagoge inzwischen in einem neutralen Umschlag erreicht, offenbar damit ich nicht angefeindet werde, wenn irgendjemand sieht, dass ich Post von einer jüdischen Einrichtung bekomme.

Umgekehrt aber, und auch das gehört zur Wahrheit und muss im Sinne einer doppelten Solidarität gesagt werden:

In Berlin lebt auch die größte palästinensisch-stämmige Community Europas. Eine tiefe Verunsicherung, gerade unter Jugendlichen, hat sich in dieser Community breit gemacht. Lehrerinnen und Lehrer erzählen, wie Jugendliche aus palästinensisch-stämmigen Familien entweder verstummen oder sich radikalieren. Verstummen, weil sie sich nicht trauen, ihre Erschütterung über das Schicksal der Menschen im Gaza-Streifen zum Ausdruck zu bringen – es ist oft das Schicksal ihrer Verwandten. „Sag nicht, dass wir aus Palästina stammen“, hören sie von den Eltern. „Sonst wird man denken, wir sympathisieren mit der Hamas.“ Oder aber Jugendliche radikalieren sich, weil sie im Internet von radikalen, meist jungen islamistischen Imamen aufgehetzt werden. Etablierte Imame der Berliner Moscheen erzählen, wie sie mit viel Engagement versuchen, die Jugendlichen vor der Radikalisierung im Netz zu schützen.

Eine Atmosphäre des Nicht-mehr-miteinander-reden-Könnens ist entstanden. Bekenntnisse werden gefordert, statt sich über die eigenen Betroffenheiten auszutauschen. „Auf welcher Seite stehst Du?“, so werden auch Lehrerinnen und Lehrer gefragt, wenn sie den Versuch machen, über den 7. Oktober und seine Folgen im Unterricht zu sprechen.

Ich weiß dies alles deshalb recht genau, weil wir in der Stiftung Zukunft Berlin seit zwei Jahren regelmäßig Gespräche mit Betroffenen führen, von beiden Seiten und immer noch gemeinsam: Palästinensisch-stämmige Personen hören, wie es Juden in Berlin geht, und umgekehrt.

### III.

Wie können wir dann aber die „doppelte Solidarität“ bewahren und leben?

- Wir dürfen nicht aufhören, beide Perspektiven zu benennen:
  - Wir müssen für das Recht der Jüdinnen und Juden auf einen eigenen Staat eintreten, in dem sie sicher leben können, *ebenso* wie für das Recht der Palästinenser auf ihren Staat.
  - Wir müssen die Leidensgeschichte der Jüdinnen und Juden immer wieder öffentlich ins Bewusstsein bringen um die Bedeutung der Entstehung des Staates Israel als Heimstadt nach dem Holocaust zu verdeutlichen. Der rheinische Synodalbeschluss von 1980 nennt dies ein „Zeichen der Treue“ Gottes – ein Begriff, der als persönliches Glaubenszeugnis sicherlich angemessen ist und bleibt. **Und** wir müssen auch – so habe ich es anlässlich des 40. Jahrestag des rheinischen Synodalbeschlusses in einem Artikel formuliert – diesen Glaubenssatz durch die Perspektive auf die faktische Vertreibung der Christen in Palästina ergänzen: Es ist auch ein Zeichen der Treue Gottes, wenn die Christen im Land der Wirkungsstätten Jesu ihr traditionelles Heimatrecht bewahren können. Und umgekehrt: Das Zeugnis für die Treue Gottes wird

empfindlich verdunkelt, wenn Christinnen und Christen aus Palästina vertrieben werden.

- Wir müssen das Faktum beim Namen nennen, dass die Hamas keine legitime Befreiungsbewegung ist, sondern eine grausame Terror-Vereinigung, die die Tötung oder Vertreibung aller Juden aus Palästina und die Auslöschung des Staates Israel zum Ziel hat **und** wir müssen die Menschenrechtsverletzungen der israelischen Armee und das Unrecht des Siedlungsbaus im Westjordanland klar benennen.

Wir sollten **nicht**: durch einseitige Solidarität, die die Fakten der jeweils anderen Perspektive unterdrückt, den Konflikt befördern, zuspitzen und Öl ins Feuer gießen. Dem Ruf, es sei jetzt die Zeit, sich einseitig klar zu positionieren, der von beiden Konfliktparteien zu hören ist, können wir nicht Folge leisten, wenn wir die Hoffnung auf einen wie auch immer gearteten Frieden, der ein zukünftiges Zusammenleben ermöglichen kann, nicht aufgeben wollen.

Ich halte deshalb auch die Argumentation mit der deutschen Schuldgeschichte dann für problematisch, wenn daraus der Schluss gezogen wird, sie erfordere von uns Deutschen eine einseitige Positionierung. Ich sehe unsere historische Verantwortung darin, eine besondere Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit an den Tag zu legen und ungeschmälert und ungeteilt für die Menschenrechte einzutreten.

Wir haben als Deutsche durch unsere Geschichte nicht nur eine Schuldgeschichte, sondern auch eine tiefe theologische Verbundenheit und Solidarität mit dem jüdischen Volk. Diese aber müssen wir verbinden mit einer nüchtern-kritischen Beurteilung des Staates Israel. Wenn der Staat Israel aus der Sicht des Glaubens dasjenige Mittel ist, mit dem Gott sein Versprechen erfüllt, Jüdinnen und Juden ein Leben in Frieden und Gerechtigkeit zu ermöglichen, dann verpflichtet dies zum bedingungslosen Einsatz für das Existenzrecht Israels. Es

muss **aber auch** jeweils aktuell gefragt werden, ob und wie es dem modernen, demokratischen Staat Israel gelingt, Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit innerhalb des Staates und für den Nahen Osten zu schaffen und zu gewähren. Deshalb haben wir in der EMOK immer wieder auch kritische Stellungnahmen zur israelischen Politik abgegeben, zum Beispiel im Mai 2020 zu dem damals geplanten Annexionsgesetz, zur Annexion palästinensischer Gebiete.

#### IV.

Ich nenne nun zwei kirchliche Positionen, die ich gemäß diesen Kriterien einer doppelten Solidarität für problematisch halte:

- Die Erklärung des Zentralausschusses des ÖRK vom Juni 2025. Dieser Beschluss ruft zu Sanktionen, Desinvestitionen und Waffenembargos gegen Israel auf und nennt die Politik Israels eine *Apartheidspolitik*. Mit dieser Begrifflichkeit, die vom Befreiungskampf der rassistisch unterdrückten Südafrikaner direkt auf die israelische Politik übertragen wird, nimmt die Erklärung an der verbalen Konfliktverschärfung teil. Der Beschluss erwähnt darüber hinaus mit keinem Wort den grausamen Terrorakt der Hamas vom 7. Oktober 2023 oder die Zielsetzung der Hamas, Israel zu vernichten. Der Wiener evangelische Theologe Ulrich Körtner hat zu Recht kritisiert, dass der ÖRK auf diese Weise die Möglichkeit verspielt, Brückenbauer und damit Friedensstifter zu sein. Von einer doppelten Solidarität spüre ich in diesem Beschluss nichts.
- Problematisch erscheinen mir auch die Zielrichtung und die Zuspitzungen von Bischof i.R. Hans-Jürgen Abromeit. Er hat zweifellos eine gute Kenntnis der Lage im Nahen Osten und eine tief verbundene Solidarität mit den palästinensischen Christen. Er versucht im Wesentlichen auch beide Perspektiven zu bewahren. Viele seiner Kritikpunkte an der Politik Israels sind zutreffend. Aber seine Forderung, die deutschen Landeskirchen und die EKD müssten sich heute eindeutiger zu der Solidarität mit

den palästinensischen Christen bekennen, da der Staat Israel gleichsam ein Unrechtsstaat sei, der Vorwurf, die Kirchen in Deutschland würden das Leid der Palästinenser verdrängen und die Aufforderung, sie sollten nicht mehr, wie er ironisierend sagt „gebetsmühlenartig“ wiederholen, dass die Zwei-Staaten-Lösung im Blick bleiben müsse, - solche Aussagen, legen *gut* und *böse* zu eindeutig fest, und verengen damit den Spielraum für Friedenslösungen sowie die Möglichkeit für uns, Brückenbauer zu sein. Wenn wir heute weiter (wie im EMOK-Policy-Paper) von der Zwei-Staaten-Lösung als einer Zielvorstellung reden, bedeutet dies nicht das Festhalten an einer Illusion. Es ist heute vielmehr ein Zeichen für das Offenhalten von möglichen, gemeinsamen Friedenslösungen, ohne dass damit genau vorweggenommen würde, wie eine gemeinsame Friedenslösung aussehen könnte. Denn dies müssen die Konfliktparteien selbst aushandeln.

## V.

Was wir also tun können, ist: Im Gespräch mit allen unseren Partnerinnen und Partnern bleiben. Genau zuhören. Das Leiden aller ernst nehmen und öffentlich benennen. Die Spannung aushalten, die Betroffene aus gutem Grund selbst vielfach nicht mehr aushalten können. Und diejenigen unterstützen, die bis heute an Friedensprojekten im Nahen Osten festhalten und sie mutig weiterführen.

Ich nenne einige:

### Israelische Friedens- und Menschenrechtsgruppen

- Die **Rabbis for Human Rights** sind seit dem 7. Oktober unermüdlich aktiv in der Unterstützung von Palästinenserinnen und Palästinensern, humanitär mit Lebensmitteln, menschenrechtlich z.B. bei Hilfe bei der Olivenernte, die nicht selten von israelischen Siedlern angegriffen wird.

Innerhalb Israels organisieren sie auch Interreligiöse Gebete und Veranstaltungen. Sie begründen ihre Aktivitäten mit der jüdischen Ethik.

- **Parents Circle:** Kreis israelischer und palästinensischer Familien, die Angehörige verloren haben:
  - „Wann soll man um Frieden beten, wenn nicht im Krieg,“ ist einer ihrer Überzeugungen. Und:
  - "Dies ist ein Moment für alle beteiligten Parteien, über die Sinnlosigkeit des anhaltenden Konflikts nachzudenken und zu erkennen, dass uns eine gemeinsame Menschlichkeit verbindet.“

Die Evangelische **Erlöserkirche** in der Altstadt von Jerusalem.

- Nicht zuletzt sollte auch ihre Arbeit genannt werden, die versucht Brücken zu bauen.

## VI.

*Die doppelte Solidarität mit Israel und Palästina. Hoffnung oder Illusion?*

Ich möchte daran festhalten: Hoffnung! Aber dann müssen wir uns auch bewusst machen, was Hoffnung bedeutet.

Hoffnung steht heute generell unter Illusionsverdacht. Der Verdacht ist: Wer Hoffnung weckt, verschleiert die Realität. Besonders prägnant hat dies – freilich in einem völlig anderen thematischen Kontext – Greta Thunberg mit ihrer Rede vor der UN-Klimagipfel 2019 zum Ausdruck gebracht:

*„Ich will eure Hoffnung nicht. Ich will nicht, dass ihr hoffnungsvoll seid.  
Ich will, dass ihr in Panik geratet.“*

So deutlich hat noch kaum jemand gesagt, dass er oder sie Hoffnung für eine Illusion hält. Der Vorwurf, der heute in unterschiedlichen Kontexten laut wird, ist: Wer Hoffnung wecken will, der verschleiert die Dramatik der Probleme.

Aber ist das wirklich die einzige Alternative? Illusionäre Hoffnung oder dramatische Zuspitzung, die Öl ins Feuer gießt?

Wer umsichtig versucht, die verschiedenen Perspektiven ernst zu nehmen und auszuhalten, wird schnell als unentschieden, unauthentisch oder konfliktscheu dargestellt. Ich bin aber davon überzeugt, dass diejenigen, die Frieden suchen wollen, die Spannung aushalten müssen. Auch wenn ich heute im Kontext unserer Themenstellung nicht konkret sagen kann, wie ich mir den Weg zum Frieden vorstelle, ist die Hoffnung doch keine Illusion. Ich muss die Spannung aushalten, bis sich der Weg zum Frieden zeigen wird.

## VII.

Mit einem wunderbaren Zeichen für eine authentische Friedenshoffnung will ich schließen.

Am vergangenen Sonntag war ich mit meiner Frau im Pierre Boulez Konzertsaal in der Barenboim-Said-Akademie in Berlin. Es ist der Konzertsaal des West-Eastern-Divan Orchestra, das von dem großen jüdischen Dirigenten Daniel Barenboim und dem palästina-stämmigen amerikanischen Literaturkritiker Edward Said im Jahr 1999 gegründet wurde. Es ist ein junges, internationales Orchester, in dem unter anderem Israelis und Palästinenser gemeinsam spielen. 2015 wurde dann die Barenboim-Said-Akademie gegründet, in der jeweils 83 Studierende aus dem Nahen Osten und Nordafrika studieren: Sie studieren Musik, aber auch Geschichte, Literatur und Philosophie.

Bereits im Jahr 2005 hat das West-Eastern-Divan Orchestra ein Konzert in Ramallah im Westjordanland gegeben. An sich ein Ding der Unmöglichkeit! Palästinensische und jüdische Musikerinnen und Musiker spielten gemeinsam mitten im besetzten Gebiet. Sie mussten auf verschiedenen Wegen einreisen, die Israelis von Israel, die Palästinenser über Jordanien. Sie durften aus Sicherheitsgründen den Konzertsaal während ihres gesamten Aufenthaltes nicht verlassen.

Ein einmaliges Konzert. Viele der palästinensischen Konzertbesucher haben damals zu ersten Mal Jüdinnen und Juden gesehen, die keine Soldaten waren. Bis heute, und das ist für mich ein wunderbares Zeichen dafür, dass Hoffnung stark ist, hält Daniel Barenboim mit der Musik die Vision vom Frieden fest. Eine solche Vision ist keine Illusion, sondern entfaltet eine starke Kraft, von der wir hoffen, dass sie eines Tages siegen wird.

Und übrigens: Daniel Barenboim ist der der einzige Mensch weltweit, der sowohl einen israelischen als auch einem palästinensischen Pass hat.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!